

Heiratsstrafe abschaffen – Ja oder Nein?

Am 28. Februar stimmt das Schweizer Stimmvolk über die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ab. Die Befürworter argumentieren, dass somit die

steuerliche «Diskriminierung» von Ehepaaren beendet würde. Die Gegner befürchten weniger Steuereinnahmen und eine Benachteiligung für gleichgeschlechtliche Paare.

PRO Weg mit der Heiratsstrafe



Adrian Bühler
Kantonsrat CVP,
Eschenbach

Mehr Steuern bezahlen, nur weil man verheiratet ist? Tiefere AHV-Renten erhalten, nur weil man mit einem Trauschein zusammenlebt? Eine absurde Diskriminierung! Es ist an der Zeit, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. 1984 hat das Bundesgericht festgestellt, dass die steuerliche Diskriminierung von Ehepaaren gegenüber unverheirateten Paaren verfassungswidrig ist. Alle Kantone haben seither die «Heiratsstrafe» in ihrem Steuerrecht korrigiert. Nicht so der Bund. Bei der Bundessteuer zahlen Ehepaare bis heute teilweise erheblich mehr Steuern als Konkubinatspaare. Dass es die Bundespolitik in 30 Jahren nicht geschafft hat, die «Heiratsstrafe» zu beseitigen, ist ein Versagen. Dieses Versagen kann nur ein Ja zur Initiative beenden.

Gegner der Initiative bedienen sich fragwürdiger Argumente. Sie sagen, die Abschaffung der Heiratsstrafe führe zu hohen Kosten. Falsch! Es handelt sich

hier nicht um «Kosten», sondern um ungerechtfertigte Einnahmen des Staates, zulasten der Verheirateten. Anders ausgedrückt: Nur weil man sich daran gewöhnt hat, Äpfel aus Nachbarns Garten zu stehlen, ist es noch lange nicht rechtens, dies weiterhin zu tun. Die Abschaffung der Heiratsstrafe sei ein «Steuergeschenk» an reiche Ehepaare. Falsch! Ein gestohlener Apfel bleibt ein gestohlener Apfel, auch wenn der Apfelbaum im Garten des gut verdienenden Nachbarn steht. Und zudem: Verheiratete Paare werden nicht nur bei den Steuern benachteiligt, sondern auch bei der AHV. Die grosse Mehrheit der Rentner-Ehepaare mit Maximalrente erhalten heute 150 Prozent einer einfachen Altersrente. Paare ohne Trauschein erhalten zusammen 200 Prozent. Die Gegner fordern eine andere Ehedefinition. Dabei hält die Initiative fest, was heute geltendes Recht ist. Selbst die Gegner anerkennen, dass auch gleichgeschlechtliche Paare profitieren. Die Initiative beseitigt nämlich nicht nur die Benachteiligung von Ehepaaren, sondern gleichzeitig auch diejenige von eingetragenen Partnerschaften. Mit einem Nein wird die verfassungswidrige «Heiratsstrafe» endlich aus unserem Steuerrecht gestrichen.



KONTRA Nein zu neuen Diskriminierungen und Steuerausfällen

Die CVP-Initiative erachte ich als Mogelei, weil sie Ungerechtigkeiten verschiebt statt löst. Ich gebe zu, dass auch mir der Titel der Initiative im ersten Moment gefallen hat. Und ich bin klar der Ansicht, dass Familie und Beruf vereinbar sein müssen. Gegen die gerechte Besteuerung von Ehepaaren ist im Grundsatz nichts einzuwenden. Während die Kantone die Ungleichbehandlung von Verheirateten bereinigt haben, werden bei der Bundessteuer Ehepaare mit hohen Einkommen steuerlich etwas mehr zur Kasse gebeten.

Eine fortschrittliche Steuerpolitik würde die Ungerechtigkeit der «Heiratsstrafe» über die Individualbesteuerung lösen. Gesellschaftspolitisch setzt die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie» ein bedenkliches Signal. Sie diskriminiert Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung durch die enge Definition der Ehe als Lebensgemeinschaft ausschliesslich von Mann und Frau. Eine Weiterentwicklung der «Einrichtung» Ehe im Sinne gleichgeschlechtlicher Paare wäre so nicht mehr durch eine Gesetzesänderung möglich. Sondern sie bräuchte eine Verfassungsänderung. Bei der Bundessteuer finanziell entlastet würden zudem bei einer An-



Susanne Truttmann
Kantonsrätin SP,
Emmen

nahme der CVP-Initiative insbesondere bestverdienende verheiratete Paare. Die Mindereinnahmen von bis zu 2,3 Milliarden Franken würden in der Folge zu Sparmassnahmen führen, die wiederum Familien und Personen mit tieferen Einkommen treffen könnten.

Der Bundesrat hat das Problem der «Heiratsstrafe» erkannt und beabsichtigt, eine bessere Vorlage für eine gerechtere Besteuerung von Ehepaaren vorzulegen als dies die CVP tut. Weil die CVP-Initiative zwar ein Problem zu lösen vorgibt, gleichzeitig aber mindestens zwei neue Probleme schafft, lehne ich sie in dieser Form ab. Ich unterstütze weder die Ungleichbehandlung homosexueller Paare noch weitere Steuerentlastungen für gut Verdienende.

Ich lasse dem Bundesrat gerne die Tür offen für eine bessere und zeitgemässere Vorlage zur Abschaffung der Heiratsstrafe.